DIE STÜTZE

Journal *von* Behinderten *für* Behinderte und ihre Freunde

11/1992

4. Juni
3. Jahrgang

Preis: 2,00 DM
inklusive Porto

INHALT

ANTIDISKRIMINIERUNG
V. Keßling: Gleichstellung - ein Menschenrecht Seite 3
G. Hoffmann: Breites Echo auf Unterschriftenaktion Seite 4
Dr. S. Hegenbarth / Lore Heinik: Über Differenzen hinweg Aktivitäten bündeln Seite 6
ABiD KONTROVERS
M. Schmidt: Wirklicher Meinungsstreit und gegenseitige Toleranz Seite 8
Erklärung des AB Brandenburg Seite 9
Dr. R. Kießig: Offener Brief Seite 10
VORGESTELLT
Deutscher Verein Seite 13
PFLEGESICHERUNG
D. Kränke / B. Malchow: Interview mit Beate Thrams Seite 14
B. Malchow: Guter - aber sehr später Entwurf Seite 15
KULTUR
U. Lehmer: Literatur und behindertes Leben Seite 16
LITERATUR
K. Gaete: Ungeschönter Bericht einer Mutter Seite 18
REISEN Seite 20
DANKESCHÖN
R. Renner: Spreewaldkahn und Rollstuhl Seite 22
HILFSMITTEL Seite 23
INFOS Seite 24
LESERBRIEFE Seite 27
AUS DEN LÄNDERN
Aufnahme IFUS in den ABiD Seite 29
ANZEIGEN Seite 30

Impressum

Verlag: UVA GmbH, PF 106, O-1040 Berlin
Herausgeber: ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. „Für Selbstbestimmung und Würde"), Am Köllnischen Park 6-7, O-1020 Berlin. Telefon/Fax: 23 80 66 73
ABiD-Spendenkonto: Berliner Stadtbank AG, Kto-Nr.: 43816 15 000, BLZ 120 205 00
Redaktion: Anke-C. Fröhlich, Marie-L. Hirsch, Anna-K. Jung, Dörthe Kränke, Birgit Malchow
Anschrift: Rodenbergstr. 3, O-1071 Berlin
Bildnachweis: BSG/Hammerlik/Lohse/Malchow/Schulze/SRB
Redaktionsschluß: 22. 5. 1992

Satz: PENCIL Text-, Satz- und Korrekturbüro
Druck: Sander & Sander • 1071 Berlin
ISSN: 0863-4157
Erscheinungsweise: zweimal monatlich oder eine Doppelausgabe

DIE STÜTZE versteht sich als ein Angebot zum schöpferischen Meinungsstreit. Wir veröffentlichen also auch Artikel, die nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.
Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Volker Keßling

Gleichstellung - ein Menschenrecht

Gleichstellung - Hauptsatz oder Nebensatz in der Verfassung, das war die Frage beim Auftakt zur landesweiten Verfassungsdiskussion in Neubrandenburg. Ein Bündnis der im Paritätischen Wohlfahrtsverband organisierten Neubrandenburger Hilfsvereine für Bürger mit Behinderungen hatte am 10. Mai dazu eingeladen.

Zu hören war auf der Veranstaltung von den mehr als 100 blinden Bürgern der Stadt, die beim Untergang ihrer Genossenschaft innerhalb von 48 Stunden ohne Arbeit waren. Gesprochen wurde von den Labyrinthen, die in Kaufhäusern und Kaufhallen ohne Rücksicht auf blinde und sehbehinderte Bürger errichtet werden.

Gehörlose Bürger schilderten den vereinsamenden Ausschluß aus jeder Kommunikation, da Hilfsmittel nicht genutzt werden, obwohl sie verfügbar sind.

Ein Vertreter des Behindertenverbandes vom Lande sprach über die Verhöhnung schwerstbehinderter Bürger, die nicht fähig sind zu gehen, zu stehen oder zu sitzen und angewiesen werden, „persönlich beim Sozialamt" zu erscheinen.

Aus Teterow war von der Lebenshilfe zu hören, daß Rollstuhlfahrer ihre halbwegs behindertengerechte Wohnung verkleinern müssen, da sie die Mieten nicht mehr bezahlen können. Fürs Leben fehlt ihnen jetzt das Geld, für den Umbau der neuen Wohnung fehlt dann das Geld. Wer wüßte einen Rat?

Eine Mutter erzählt von ihrem erfreulich klugen Jungen. Schullaufbahnempfehlung: Gymnasium. Der Haken ist nur, er fährt im Rollstuhl, und wo fände er ein zugängliches Gymnasium? In Neubrandenburg wird seit mehr als einem halben Jahr ein Umbau geplant. Stefan geht schon in die achte Klasse...

Der andere Mann im Rollstuhl, natürlich arbeitslos, bezahlt, da er eine Begleitperson braucht, im ersten privaten Kino der Stadt doppelten Eintrittspreis. Eigentlich hätte er Anspruch auf Nachteilsausgleich. Aber im privaten Kino gilt das nicht. Leben wir etwa in einer asozialen Marktwirtschaft?

Der Behindertenbeauftragte der Stadt sprach über die Begrenzungen seines und der Kommune Wirken. Appelle, kurz Verfassungsartikel, ein Hauptsatz also, ist nicht verfügbar. Mithin muß unterbleiben, was eigentlich gewöhnliches Menschenrecht ist, nämlich gleichgestellt und nicht diskriminiert zu sein. Wie ist der Begriff Rechts-Staat zu verstehen?

Die anwesenden Vertreter der Obrigkeit von SPD, CDU und FDP waren sichtlich betroffen und plädierten dafür, in der Landesverfassung entschiedener die Rechte für Bürger mit Behinderungen zu betonen, wesentlich entschiedener, als im Entwurf vorgesehen ist.

Weniger gut der Rat von Frau Lautenschläger, Linke Liste/PDS. Sie schlug vor, erst eine Art Revolution zu machen, um danach auch Bürger mit Behinderungen integrieren zu können. Den Anwesenden erschien dieser Weg dann doch zu fraglich. Sie entschieden sich dafür, die Revolution zum Beispiel auf das Jahr 2100, auf den Nachmittag so gegen sechzehn Uhr zu verschieben und jetzt erst einmal nachzusehen, ob stimmt, was hier und heute gelten soll:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

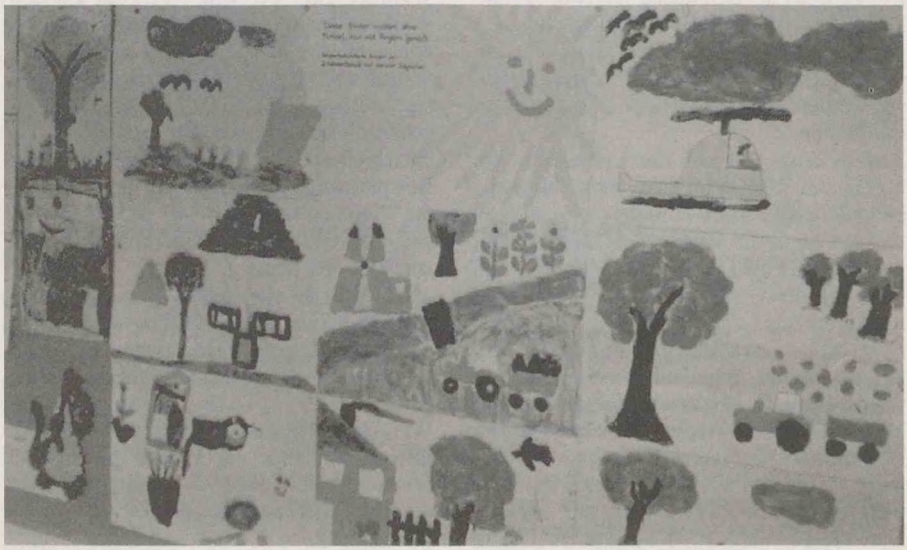
Grundgesetz der BRD - soll auch im Osten gelten!

Wissen wir eigentlich, was wir tun? Ein Europa soll wachsen. Zu integrieren sind Menschen aller Himmelsrichtungen, Jung und Alt, Arm und Reich. Wie soll das je gelingen, wo wir schon scheitern, wenn's nur der behinderte Nachbar ist, der zu integrieren wäre?

Guntram Hoffmann

Breites Echo auf Unterschriftenaktion

In Weißenfels wurde der Europatag für die Gleichstellung Behinderter vom Behindertenverband und von der kirchlichen Roller Latscher Gruppe mit großem Engagement vorbereitet.
In einer Fußgängerzone hatten wir eine kleine Ausstellung unseres Bastelzirkels, einen Korbbasar und einen Verkaufsstand der Behindertenwerkstatt aufgebaut. Mittendrin stand unser Infostand mit der Unterschriftenaktion zur Grundgesetzänderung Artikel 3. Viele Passanten unterschrieben den Aufruf und äußerten sich zustimmend, daß endlich mehr für Behinderte getan werden müsse.
Darüber hinaus verteilten wir auf Handzetteln unseren „Weißenfelser Forderungskatalog Behinderter", in dem wir z.B. im kommunalen Bereich die Abschaffung baulicher Barrieren, den Bau von Umgehungsstraßen und behindertengerechten Wohnraum fordern.
Unser stellvertretender Vorsitzende sorgte mit Hammel am Spieß für das leibliche Wohl unserer Gäste. Für die Kinder lief ein Puppen-Mitspiel-Theater, bei dem behinderte und nichtbehinderte Kinder kreativ mitwirkten. Vor mehreren Gebäuden der Stadt hatten wir Rollstühle aufgestellt, die mit frechen Plakaten darauf hinwiesen, ob man in dieses Gebäude gut oder überhaupt nicht mit dem Rolli hineinkommt (siehe Foto rechte Seite).
Die lokale Presse und Radio Sachsen-Anhalt berichteten sehr ausführlich von unserem Tag.



Frankfurt/Oder: Körperbehinderte Kinder der 2. Gesamtschule mit sozialer Integration malten diese Bilder nur mit den Fingern.

Rollstühle vor Ort mit ungeschminkten Wahrheiten. Ob die angemahnten Forderungen die Politiker endlich erreichen?

Dr. Siegfried Hegenbarth / Lore Heinik

Über Differenzen hinweg Aktivitäten binden

Zu dem nicht nur von Behinderten „heiß" diskutierten Thema **„Gleichstellung behinderter Menschen"** veranstaltete die Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e.V. am 3. und 4. Mai im Messe-Congreßcenter Düsseldorf eine **Internationale Konferenz.**

Im Einleitungsreferat „Warum brauchen wir ein Gleichstellungsgesetz?" analysierte Horst Frehe strukturelle, soziale und rechtliche Diskriminierungen behinderter Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Davon ausgehend begründete er, daß ein Gleichstellungsgesetz auch für die Bundesrepublik Deutschland notwendig ist:

Erstens geht es um die prinzipielle Absicherung des Menschenrechtes auf Leben, um jeden geistigen und praktischen Versuch, das Lebensrecht Behinderter anzutasten, erfolgreich abzuwehren bzw. verhindern zu können.

Zweitens geht es um die tatsächliche Gewährleistung gleicher Bürgerrechte, so daß Diskriminierungen behinderter Menschen in vielen Lebensbereichen ausgeschlossen sind.

Drittens muß im Rahmen eines Artikelteils eine Rechtsbereinigung quer durch den gesamten Verwaltungsbereich stattfinden.

Viertens müssen im Gleichstellungsgesetz zugleich entsprechende Rechtsmittel verankert sein, um die allgemeinen Bürgerrechte auch real durchsetzen zu können. Frehe bekräftigte: „Im Gleichstellunggesetz muß daher das Recht auf ausreichende, nicht diskriminierende Leistungen verankert werden, die die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, Nachteile ausgleichen, Wahlrechte sicherstellen und außerhalb von Einrichtungen in der selbst gewählten Umgebung erbracht werden."

Frehe forderte über das Gleichstellungsgesetz hinaus eine Neufassung des Artikels 3 des Grundgesetzes. Für den Absatz (1) wird vorgeschlagen: **„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Jede Willkür ist der öffentlichen Gewalt untersagt. Der Staat ist verpflichtet, auf eine Gleichstellung aller hinzuwirken."** Eine Erweiterung des Diskriminierungsverbotes im jetzigen Absatz (3) soll durch die Einfügung **„Niemand darf wegen ... seiner körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen benachteiligt oder bevorzugt werden"**. Abschließend appellierte der Redner an die Zuhörer, für ein Gleichstellungsgesetz die Aktivitäten von Behinderten über Organisationsstrukturen und inhaltliche Differenzen hinweg zu bündeln.

Die Konferenzteilnehmer aus den USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden informierten ausführlich über die soziale Lage, über Probleme und Aktivitäten behinderter Menschen in ihren Heimatländern. Aus ihren Reden wurden zum Teil unterschiedliche Lebensbedingungen Behinderter in Europa deutlich. Jetzt muß gründlich geprüft werden, welche Anregungen für die künftigen behindertenpolitischen Aktivitäten in Deutschland wie zu übernehmen sind. Gut wäre gewesen, wenn mehr Zeit, und außer dem Plenum mit abschließender

Internationale Konferenz zur Gleichstellung behinderter Menschen in Düsseldorf

Podiumsdiskussion auch andere Arbeitsformen (z.B. Arbeitsgruppen) für einen vielseitigen Erfahrungsaustausch zur Verfügung gestanden hätten. Für eine gesamteuropäische Sicht ist unseres Erachtens für die Zukunft auch die Beteiligung osteuropäischer Behindertenbewegungen unerläßlich. In diesem Zusammenhang wurden Befürchtungen über einen Sozialabbau als Begleiterscheinung der „Angleichung" der Lebensbedingungen der Menschen in Europa geäußert. Deshalb sollte der Widerstand dagegen gerade auch durch behinderte Menschen wirksam organisiert werden.

Herr Rindt vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung verwies auf die vorgesehene Zusammenfassung aller behindertenrechtlichen Regelungen im Sozialgesetzbuch Teil IX und forderte die Behindertenverbände auf, ihre diesbezüglichen Forderungen der Bundesregierung zur Kenntnis zu geben. Dagegen wandten die Konferenzteilnehmer ein, daß diese Forderungen in der Öffentlichkeit seit Jahren bekannt seien. Herr Rindt kann sich generelle Aussagen über Gleichstellung bzw. über ein Diskriminierungsverbot Behinderter nur im Sozialgesetzbuch vorstellen, denn - so seine Begründung - spürbare Wirkung für den Einzelnen würden nur von den konkreten Vorschriften, also von festgeschriebenen Rechten und Pflichten der Rehabilitationsträger ausgehen.

Die Konferenz hat - bei allen kritischen Einwänden - neben Bekanntem auch neue inhaltliche Aspekte und Anstöße vermittelt. Daraus müssen nun politische Aktivitäten werden, um die Situation von Behinderten real zu verbessern.

Marina Schmidt

Wirklicher Meinungsstreit und gegenseitige Toleranz

Der ABiD ist im Herbst '89 mit dem Anspruch angetreten, sich in „Selbstbestimmung und Würde" der Sorgen und Probleme Behinderter anzunehmen. Und ich war und bin stolz darauf, was dieser Verband und seine Zeitschrift DIE STÜTZE in diesen zwei bis zweieinhalb Jahren geleistet haben. Nachdem, was ich nun gelesen habe, mache ich mir aber große Sorgen.

Es machte Spaß, es gab Kraft und Mut, wenn man beim Lesen unseres Journals spürte, daß man als Leser absolut ernstgenommen, daß man informiert und auch zu offenem Meinungsstreit angeregt wurde.

STÜTZE-Leser bin ich vom ersten Heft an, befürwortete auch die Preiserhöhung unseres Journals auf 2 DM pro Heft, wenn dadurch seine weitere Existenz gesichert werden kann. Anscheinend vergessen aber nun einige Leute, mit welchem Elan sich Andrea Schatz und die Mitglieder des Redaktionsbeirates der Entstehung dieses Journals verschrieben, wieviel Kraft, Zeit und Ideen sie da hineininvestiert haben. DIE STÜTZE kann n i e m a l s z u s e l b s t b e s t i m m t sein! Nein, dieses „In Selbstbestimmung und Würde" ist gerade die Stärke des Journals, und das muß auch die täglich neu praktizierte Devise des ABiD bleiben, wenn er weiterhin eine Existenzberechtigung in Deutschland haben soll - was ich sehr hoffe. Aus diesem Grunde bitte, nein, fordere ich, als Leserin, daß Andrea Schatz sofort wieder als Chefredakteurin der STÜTZE eingesetzt wird. Sie hat ihre Verantwortlichkeit für den Inhalt der STÜTZE nie mißbraucht, sondern die Leser immer zur Diskussion aufgefordert und das ist gut so. Wie schädlich Einheitsmeinungen sind, haben wir in der DDR jahrelang erlebt. Der ABiD braucht kein Zentralorgan, sondern eine zwar wohlmeinende, aber auch wirklich kritische Begleiterin.

Man kann über das Verhalten von Ilja Seifert und andere Themen verschiedener Meinung sein, aber in Politbüro-Manieren sollte der Vorstand des ABiD deshalb nicht verfallen!

Ich persönlich würde es, ehrlich gesagt, sehr bedauern, wenn Ilja Seifert gehen müßte. So enttäuscht ich auch über sein langes, viel zu langes Schweigen bin, so kann ich es aufgrund der allgemeinen Hysterie gegen alle, die mit dem MfS auch nur in Berührung gekommen sind, doch bis zu einem gewissen Grade verstehen. Mit dem Finger auf jemanden zu zeigen, ist leicht; sich mit dem Warum des Verhaltens einzelner Menschen wirklich kritisch auseinanderzusetzen, aber sehr schwer. Man sollte wohl größeres Augenmerk darauf legen, was er als Mitbegründer und Präsident des ABiD bisher geleistet hat. Deshalb sollten wir ihm und uns eine Chance geben.

Die Absicht von Andrea Schatz, die Erklärungen von Ilja Seifert und die Ansichten des Berliner Behindertenverbandes dazu gemeinsam in der STÜTZE zu veröffentlichen und so eine offene Diskussion aller Mitglieder und Freunde des ABiD in Gang zu bringen, finde ich nicht nur verständ-

lich, sondern ganz einfach notwendig. Wirklicher Meinungsstreit und gegenseitige Toleranz, das sind, das wären Zeichen von Demokratie, und die wollen wir doch - oder?
Absolut beschämend ist daher die Androhung und Realisierung der Kündigung von Andrea Schatz, einer Schwerbehinderten! Mit diesem Verhalten des Vorstandes handelt der ABiD seinen eigenen Forderungen nach „Selbstbestimmung und Würde" wie „besonderem Kündigungsschutz für Behinderte" zuwider.
Und hier frage ich auch den Abgeordneten Ilja Seifert, wie er das mit seinem Gewissen in Einklang bringen kann?!
Ich fordere deshalb den Vorstand des ABiD und seinen Präsidenten öffentlich auf, diese Entscheidung in jeder Hinsicht sofort zurückzunehmen. Mit Verboten und Verschweigen helfen wir weder Ilja Seifert, noch dem ABiD als Verband.

Leider gelangte die STÜTZE-Redaktion erst jetzt in den Besitz der Brandenburger Stellungnahme zur persönlichen Erklärung des ABiD-Präsidenten Dr. Ilja Seifert und zur Vorbereitung und Durchführung des außerordentlichen ABiD-Verbandstages am 20. Juni in Berlin. Wir möchten sie aber trotz des Zeitverzuges noch veröffentlichen.

Erklärung

1. Der ABB betrachtet sich nicht als Instanz, um über eventuelle politische oder moralische Verfehlungen einzelner Mitglieder oder auch des Präsidenten zu richten. Wir erwarten von einem Präsidenten des ABiD, daß er in der Lage und Willens ist, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder wirkungsvoll nach außen zu vertreten und der Arbeit im Verband Impulse und Richtung zu geben.
2. Unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen halten wir es für notwendig, Dr. Ilja Seifert zu empfehlen, zum Verbandstag des ABiD nicht erneut für die Präsidentschaft zu kandidieren. Wir sind der Auffassung, daß Dr. Ilja Seifert in der Gesamtsicht nicht in der Lage sein wird, die Akzeptanz des ABiD auch und gerade in der Öffentlichkeit und gegenüber wichtigen Entscheidungsträgern zu sichern. Darüber hinaus erwarten wir von personellen Veränderungen auch neue Impulse.
3. Bis zum Verbandstag des ABiD sollte Dr. Ilja Seifert seine Funktionen als ABiD-Präsident in der Öffentlichkeit im Interesse des Verbandes ruhen lassen.
4. Wir empfehlen zum ABiD-Verbandstag einen Delegiertenschlüssel, der jedem Kreis- bzw. Ortsverband mindestens ein Mandat für einen stimmberechtigten Delegierten sichert.
5. Die Durchführung des Verbandstages sollte sowohl von den örtlichen Gegebenheiten als auch von der zeitlichen Planung (ausreichend Pausen, Einschränkung der Gesamtdauer) behindertengerecht sein.
6. Aus o.g. ergibt sich die Notwendigkeit der Konzentration auf Satzung, Programmatik und personelle Entscheidungen für den ABiD-Vorstand.
7. Es erscheint uns notwendig, daß zur Programmatik ein kurzes, thesenartig gegliedertes Arbeitsmaterial zur Perspektive und den Hauptschwerpunkten der ABiD-Tätigkeit erarbeitet wird. Dieses sollte dem Verbandstag zugänglich sein.

Dr. Rolf Kießig

Offener Brief an Dr. Ilja Seifert - MdB

Lieber Ilja,

als Gründungsmitglied und „Pionier der ersten Stunde" - immerhin war ich seit den ersten Gesprächen über den ABiD in Rostock mit dabei - nehme ich mir das Recht, Dir einige Worte zu der durch Deine Schuld nun aufgekommenen Diskussion in und über unseren ABiD zu sagen. Wir haben uns ja nicht nur in Rostock, sondern danach auch bei vielen, langen und kontroversen Diskussionen in Berlin gestritten - nicht bös, sondern immer der Sache wegen.

Stalinistische Methoden

Aber schon damals mußtest Du Dir von uns oft sagen lassen: „Ilja, laß Deine stalinistischen Methoden!" Sicher erinnerst Du Dich noch daran. Du hast damals in Rostock uns allen zwar gebeichtet, daß Du Mitglied der SED gewesen bist und nun der PDS angehörst. Wir haben das akzeptiert, ohne weiter nachzuhaken. Diese Blauäugigkeit war vielleicht unser Fehler. Dein großer, nicht wiedergutzumachender Fehler war aber, daß Du unser Vertrauen mißbraucht und Deine Kontakte zur Stasi verschwiegen hast. Damals wären wir sicher noch gar nicht so entsetzt darüber gewesen. In der gegenwärtigen Situation sind wir aber alle sehr viel sensibler geworden, weil die Enthüllungen in den Medien sich geradezu überstürzen, vieles sicher von der Journaille aufgebauscht und hochgespielt, aber eben doch nicht so einfach unter den Teppich zu kehren ist.

Behindertenverband als Trittbrett?

Ich frage mich und frage Dich: Warum hast Du uns damals Deine Stasi-Kontakte verschwiegen, warum unser Vertrauen so hintergangen? Hast Du um Deine Pfründe gebangt, schon damals an Deinem Bundestagsmandat gestrickt? Hast Du den Behindertenverband gar nur als Trittbrett für den Aufstieg in den Bundestag benötigt, gewissermaßen uns alle als Alibi mißbraucht?

Deine Präsidentschaft war von Anfang an eine schwere Belastung für unseren jungen Verband. Ich habe bei den vorbereitenden Gesprächen in unserer Gruppe Sachsen-Anhalt anläßlich der Gründungsversammlung in Berlin vor zwei Jahren deutlich vor Deiner Wahl gewarnt, weil ich ein ungutes Gefühl hatte, einen Genossen in diesem Amt zu sehen. Das ist Dir ja auch promt zugetragen worden, und Du hast Dich auf Deine Weise revanchiert.

Es ist unerträglich, daß uns die alten Genossen beibringen wollen, was Demokratie ist. Wer hat eigentlich den Begriff Basisdemokratie erfunden? Gibt es auch eine Demokratie von oben? Als ob Ihr Genossen jemals das Wort Demokratie gekannt oder gar respektiert hättet!

Du darfst Dich nun nicht wundern, daß Dir von vielen Seiten Mißtrauen entgegen-

schlägt und die Behinderten von Dir und Deinem Verhalten maßlos enttäuscht sind. Daran ändert auch nichts, daß Deine Verdienste für den Aufbau einer Behindertenbewegung in der Ex-DDR nicht zu bestreiten sind. Daran ändern aber auch Deine Rechtfertigungsversuche in der Nr. 7+8 der STÜTZE nichts, die in meinen Augen eh nur Sprechblasen sind und jegliche Einsicht in die Realität vermissen lassen. Am Ende kommst Du Dir gar noch selbst als ein Opfer vor!
Am schlimmsten ist in meinen Augen der perfide Rausschmiß von Andrea Schatz, die zum Sündenbock für Dich gemacht wird und von der eigentlichen Grunddiskussion ablenken soll.

Seltener Vogel Wendehals

Warum konntet Ihr Genossen nicht in die zweite oder dritte Reihe zurücktreten?
An wie vielen Stellen in Wirtschaft und Verwaltung haben sich die alten „Seilschaften" gehalten oder wieder in den Sattel geschwungen! Wie viele haben sich vom Saulus in einen Paulus verwandelt und plötzlich ihr soziales Gewissen entdeckt. Als Biologe ist mir der Name des seltenen Vogels Wendehals dafür zu schade. Wieviele ehemalige Dozenten für Marxismus/ Leninismus sind jetzt plötzlich zu Dozenten für Ethik oder Sozialwissenschaften geworden! Und wieviele ehemalige Genossen und Funktionsträger mögen wie Du den Behindertenverband nur benutzt haben, um ein Mandat in irgendeinem Parlament zu ergattern? Das riecht mir zu sehr nach System und Parteiauftrag!
Viele Behinderte, die jahrzehntelang vom Staat links liegen gelassen wurden, die keine Genossen oder Stasi-Zuträger waren, erfüllt das mit Bitterkeit und hinderte sie bisher daran, sich dem ABiD anzuschließen. Dieser entpuppt sich ja nun auch als eine solche Institution ehemaliger Nutznießer des „real existierenden Sozialismus". Das finde ich so maßlos empörend. Andererseits muß ich Dir sagen, daß ich von Dir und Deinem Verhalten nach der „Enttarnung" sehr enttäuscht bin. Es hätte Dir und dem ABiD besser zu Gesicht gestanden und wäre ehrenwerter gewesen, wenn Du danach sofort Deinen Rücktritt als Präsident erklärt hättest!
Sollte Dir die einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung wieder das Vertrauen aussprechen, würde das automatisch meinen Austritt aus dem ABiD nach sich ziehen.

Aufrecht wollten wir gehen!

Die Gründung unseres Verbandes hat , wie uns allen, viel meiner Kraft und Zeit gekostet. So fühle ich mich dem ABiD innerlich immer noch verbunden. Bin ich doch der Initiator des Behindertenverbandes hier in Sachsen-Anhalt gewesen und jetzt dessen Ehrenvorsitzender.
Aufrecht wollten wir gehen! Erinnerst Du Dich noch an unsere Euphorie?
Durch Dein beschämendes Verhalten, durch Deine Feigheit - vielleicht hast Du gedacht, es käme sowieso nichts heraus - hast Du der gesamten Behindertenbewegung in Deutschland einen großen Schaden zugefügt. Wir waren Hoffnungsträger! Lies mal in diesem Zusammenhang den Beitrag von Ottmar Miles-Paul in der STÜTZE 9/92.
Ich darf Dich erinnern an das „Umwerben" und die oft sehr unfairen Angriffe der alten, etablierten Verbände. Diesen Leuten hast Du weitere Munition verschafft,

ihnen Wasser auf ihre Mühle gegeben. Ich kann mir richtig vorstellen, wie man sich jetzt dort in den Vorständen höhnisch ins Fäustchen lacht, daß sie letzten Endes doch Recht behalten haben.

Harter Schnitt: Trennung von Dir

So werte ich Dein Verschweigen und Deine Unaufrichtigkeit als ein verbandsschädigendes Verhalten im Sinne unserer Satzung, das alle Konsequenzen nach sich ziehen sollte. Ich stelle mich hinter die Meinung des Berliner Behindertenverbandes und gehe sogar noch einen Schritt weiter: Ich beantrage, Dich aus dem ABiD auszuschließen, der dadurch vielleicht endlich zu sich selbst und seinen Aufgaben finden würde. Daß Du selbst behindert bist, spielt für mich dabei keine Rolle. Andrea Schatz ist es auch.
Wo bleibt denn der schon seit über zwei Jahren diskutierte Programmentwurf? Mit wieviel Vollmundigkeit ist er immer wieder angekündigt worden! Und schließlich, was hast Du eigentlich im Bundestag für die Behinderten in Deutschland insgesamt erreicht? Der Zusatz in unserem Verbandsnamen (..iD) ist ja mit einem sehr hohen Anspruch verbunden!
Merkt man im Vorstand nicht, wie es an der Basis rumort, wie sich schon die ersten Auflösungstendenzen bemerkbar machen? Ich denke nur an die Verhältnisse in unserem Landesverband Sachsen-Anhalt.
Die Krise des ABiD ist für mich mit Deinem Namen, Deiner Vergangenheit, Deiner Unaufrichtigkeit und Deiner Selbstgefälligkeit verbunden. Die Krise des ABiD hat für mich nur einen Namen: Ilja Seifert. Wenn wir wirklich etwas für die Behinderten in Deutschland erreichen wollen, wie wir es uns in der ersten Sturm- und Drangzeit vorgenommen hatten, dann wird das nur durch einen harten Schnitt, nämlich durch eine Trennung von Dir möglich sein!

ERKLÄRUNG

des Präsidenten des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland e. V. (ABiD) „Für Selbstbestimmung und Würde“

1.
Bis zum 3. (außerordentlichen) Verbandstag des ABiD am 20. 6. 1992 in Berlin werde ich voll meine Pflichten als Präsident wahrnehmen.

2.
Für eine erneute Kandidatur stehe ich nicht zur Verfügung.

3.
Alle meine Erfahrungen werde ich auch künftig dem Allgemeinen Behindertenverband in Deutschland e. V. „Für Selbstbestimmung und Würde“ zur Verfügung stellen.

Problemdiskussion

In Vorbereitung des 3. (außerordentlichen) Verbandstages am 20. Juni 1992, auf dem auch Finanzprobleme des ABiD debattiert werden, zitieren wir aus dem Entwurf des Rechenschaftsberichtes und stellen zur Diskussion:

Ein ebenfalls ständiges Thema der geschäftsführenden und Gesamtvorstandssitzungen war die Finanzierung des ABiD und seiner Projekte. Der Finanzbericht weist deutlich aus, daß die Einnahmen in einem krassen Negativ-Verhältnis zu unseren Ausgaben stehen. Es ist uns bei weitem noch nicht gelungen, die Möglichkeiten der Marktwirtschaft für uns so zu erschließen, daß wir eine (relativ) gesicherte Zukunft des ABiD vor uns hätten. Es mangelte im Berichtszeitraum nicht an Versuchen, Geldquellen für uns zu erschließen. Sowohl die Hauptgeschäftsführung als auch die Vorstandsmitglieder unternahmen - wo immer sich eine Möglichkeit aufzutun schien - Schritte, dem ABiD finanzielle Mittel zufließen zu lassen. Daß die Ergebnisse nicht befriedigen können, hat mehrere Ursachen.
Zunächst soll über die „hausgemachten" geredet werden: Die Überweisung der anteiligen Beitragssätze (0,25 DM je Mitglied) an den ABiD erfolgte mehr als mangelhaft. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Zeit, Kraft und Nerven der Hauptgeschäftsstelle ging mit ständigen Nachfragen, -forderungen usw. drauf. Auch wenn diese Quelle nicht ausreicht, unseren Finanzbedarf zu decken, so sollte doch Beitragstreue zur Selbstverständlichkeit werden.

Das sollte Grundsatz sein: Die anteiligen Beträge sind regelmäßig (vierteljährlich) und in voller Höhe an den ABiD zu überweisen.

Vielen ABiD-Mitgliedern sind schon die 5,00 DM Beitrag, die wir im Durchschnitt ansetzen, zu viel. Es gibt deshalb sehr unterschiedliche Beitragssätze in den einzelnen Regionen. Jeder Gedanke an eine Beitragserhöhung ruft sofort laute Empörung hervor. Und tatsächlich müssen wir damit sehr behutsam, möglichst differenziert und sozial gerecht umgehen.

Dennoch dürfen wir die Augen nicht vor der Notwendigkeit verschließen, zukünftig mehr Geld über den Beitrag einzunehmen.

In Anbetracht unserer gewollten dezentralen Organisationsstruktur wäre eine einfache Erhöhung des an den ABiD abzuführenden Teils des Beitrages nur eine finanzielle Schwächung der Länder-, Kreis- und Basisorganisationen. Deshalb wird es auf die Dauer unumgänglich sein, daß die Beitragssätze angehoben werden.

Fazit:

Dem 3. (außerordentlichen) Verbandstag sollte deshalb ein Be-schlußvorschlag für eine Beitragsanpassung vorgelegt werden. Er hat möglichst mehrere Alternativen in bezug auf die individuelle Beitragshöhe, die Höhe des abzuführenden Betrags und den (oder die) Zeiträume der Einführung zu enthalten.

INTERVIEW

mit Beate Thrams, Mutter der neunjährigen, mehrfach behinderten Maria, zum neuen Brandenburger Gesetz über Pflegegeldleistungen. Beate Thrams ist Landtagsabgeordnete der PDS/Linke Liste-Fraktion in Brandenburg und ABiD-Mitglied.

Frau Thrams, das Brandenburger Pflegegeldgesetz wurde im März im Landtag angenommen. Vor einem Jahr bereits hatte die PDS/Linke Liste einen Gesetzentwurf auf den Tisch gelegt, dessen Leistungen für Behinderte weiter gefaßt waren. Welche Vorstellungen hatte die Fraktion, woher das Geld dafür kommen sollte?

Beate Thrams: Als wir den Haushalt diskutierten, haben wir sehr genau darauf hingewiesen, daß es Ausgaben in Brandenburg gibt, die gut und gerne für die Sicherung des Pflegegeldes verwendet werden können. Vor allem waren das Beamtenprivilegien, von denen Otto Normalverbraucher nichts hat, z.B. ein paar 100. 000 DM Darlehenssumme für Landesbedienstete. Und um es klar zu sagen: Ich bin sogar dafür, daß sich das Land für soziale Zwecke höher verschuldet. Eine Gesellschaft sollte man immer an ihrem Umgang mit den Schwächsten messen.

Das klingt illusorisch in der heutigen Zeit...

Beate Thrams: Daß nicht jeder eine gleichbezahlte Arbeit haben wird, ist mir klar. Aber zumindest Chancengleichheit muß sein. Dann kann der Wettbewerb einsetzen.
Ja, ich weiß, daß das wie ein Wunschtraum erscheint. Aber ohne diese Illusion kann ich mich nicht in den Landtag setzen.

Nun gibt es das Brandenburger Pflegegeldgesetz, können Sie ihm auch gute Seiten abgewinnen?

Beate Thrams: Doch die hat es. In den meisten neuen Bundesländern gibt es nur ein Landesblindengeldgesetz. In Brandenburg ist es aber ein Landespflegegeldgesetz geworden . Was leider auch wieder nicht heißt, daß alle Behinderten erfaßt sind.
Ganz wichtig ist außerdem, daß Frau Hildebrand schließlich unsere Idee von einem einkommens- und vermögensunabhängigen Gesetz mitgetragen hat.

Wenn Sie drei Wünsche hätte, was würden Sie an dem Gesetz ändern?

Beate Thrams: Zuerst würde ich dieses Gesetz auf alle Behinderte ausweiten, also es nicht nur auf hochgradig Hilflose und Blinde anwenden.
Die Gelder für die Pflege müßten jährlich dynamisiert werden, sonst bleibt in ein paar Jahren von dem Geld nicht mehr viel übrig.
Ein solches Gesetz wünschte ich mir dann überall dort auf der Welt, wo es schlechtere oder gar keine Regelungen gibt.

Das Gespräch führten Dörthe Kränke und Birgit Malchow

Birgit Malchow

Guter - aber sehr später Entwurf

Dr. Ilja Seifert, Dr. Gregor Gysi und die Gruppe der PDS/Linken Liste legten am 19.Mai im Bundestag einen eigenen Entwurf für ein Pflege-Assistenz-Gesetz vor.Dabei handelt es sich nicht nur um ein neues Gesetz, sondern um ein ganz anderes Herangehen an die Pflegesicherung, denn die Pflege behinderter Menschen wird nicht als isoliertes Einzelproblem betrachtet, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Der Vorschlag geht gemäß dem Grundgesetz der BRD von der Sozialpflicht des Staates aus, einen **bedarfsgerechten** Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Das heißt im Klartext: Sie erhalten **unabhängig von ihrem Einkommen** die Pflege, die sie benötigen, wobei unter Pflege nicht Nahrungsverabreichung und minimale Körperpflege verstanden wird, sondern eine Assistenz, die eine weitestgehende Beteiligung am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Jeder Pflegebedürftige solle über die Summe verfügen können, die seinem persönlichen Bedarf entspricht. Er solle sich auch die Leute für seine Pflege und Assistenz selbst aussuchen können. Da werden dann weniger staatliche Pflegediplome eine Rolle spielen, sondern mehr die Beziehungen des Hilfenehmers zu seinem Pfleger, seiner Pflegerin. Nach diesem Gesetzentwurf würde dann z.B. **die familiäre Pflegearbeit in echte Erwerbstätigkeit** umgewandelt, natürlich mit allen normalen Pflichtversicherungen. Da der Gesetzentwurf von den **realen** Bedürfnissen der Behinderten ausgeht, ist er a priori mit 100 Milliarden Mark Pflegegeldern teurer als alle anderen Gesetzentwürfe. Mit diesem Geld soll sich nach den Vorstellungen der Gesetzesinitiatoren ein eigenständiger Wirtschaftssektor herausbilden, in dem häusliche Pflege nach den gleichen Kriterien bewertet wird wie die Pflegearbeit im stationären Bereich. Damit könne das steuerfinanzierte Pflege-Assistenz-Gesetz Arbeitsplätze in großem Umfang schaffen.

Der Gesetzentwurf ist als Leistungsgesetz konzipiert. Mit der vorgesehenen direkten Auszahlung des Pflege-Assistenz-Geldes an die Betroffenen verändert sich deren wirtschaftliche Stellung grundlegend. Sie hätten die Möglichkeit, **als Arbeitgeber** ihrer Pfleger bzw. Assistenten **zu agieren.** Bei gleichem Pflegebedarf sollen gleiche Leistungen gezahlt werden, **unabhängig von Grad oder Ursache der Behinderung, egal ob Beamter oder Arbeitsloser, ob jemals gearbeitet oder nicht.**

Es ließen sich unzählige Vorteile aufzählen, die dieses Gesetz für Behinderte, für deren Angehörige, für die Gesellschaft bieten würde. Entscheidend aber ist die Frage, ob es akzeptiert, zumindest diskutiert wird. An dem Pressegepräch zum Gesetzentwurf nahm genau eine Redakteurin teil (natürlich von der STÜTZE, obwohl sie nicht eingeladen war) ...

Groß im Gespräch und in den Medien sind die Blümschen Pflegeversicherungsvarianten. Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD hat schon ein gutes Stück parlamentarischen Weg zurückgelegt. Öffentliche Anhörungen von Sachverständigen fanden statt, Kompromißlösungen mit anderen Fraktionen bahnen sich an. Warum erst jetzt der PDS/LL-Entwurf, wo zumindest schon sehr viele Messen gesungen sind? Es ist sehr spät für einen solchen Entwurf, der grundsätzliches Umdenken in Sachen Pflegesicherung verlangt.

Wer den PDS/LL-Entwurf lesen möchte, kann ihn anfordern bei:

Fraktion der PDS/LL
Bonn-Center
Bundeskanzlerplatz
5300 Bonn 1
Tel.: (0228) 16/87932 • Fax: 16/86252

Ursula Lehmer

Literatur und Behindertes Leben

Die Neue Gesellschaft für Literatur (NGL) ist ein literarischer Verein in Berlin mit ca. 450 Mitgliedern. „Menschen mit Literatur zusammenzubringen" - lautet die Devise seit der Gründung im Jahr 1973 durch Ingeborg Drewitz, Robert W. Schnell und anderen Autoren des Berliner Schriftstellerverbandes deutscher Schriftsteller. Angesprochen sind also nicht nur professionell Schreibende, sondern auch alle, die sich für Literatur interessieren.
Es werden öffentliche Lesungen, Vorträge, Colloquien bei freiem Eintritt an unterschiedlichen Veranstaltungsorten organisiert.
Finanziell gefördert wird die NGL von der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten.
Tradition haben z. B. die jährlich von der NGL ausgerichteten „Berliner Autorentage", die „Berliner Hörspielwerkstatt" und die „Biennale Kleinerer Sprachen".
Außerdem gibt es Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten wie Prosa, Lyrik, Hörspiel, Kinder- und Jugendbuch, Internationale Autoren, Literatur und Umwelt.
Vorgestellt wird nun eine neue Arbeitsgruppe: „Literatur und behindertes Leben". Im Rahmen eines ABM-Projektes trifft sie sich seit Januar 92 einmal monatlich. Behinderte, die schreiben oder sich für Literatur interessieren und Autoren, die über Behinderte schreiben, kommen zusammen, stellen ihre Texte vor, tauschen dazu Meinungen aus, setzen Akzente zur kreativen Entfaltung und Förderung der individuellen Fähigkeiten.
Im Dialog lernen sich Behinderte aus dem Ost- und Westteil der Stadt kennen, teilen sich ihre unterschiedlichen Erfahrungen in den Bereichen Schule, Ausbildung, Beruf, Freizeit u. ä. mit. Es werden auch Kontakte zu Behindertenverbänden und Eigeninitiativen behinderter Kinder geknüpft.
Die Arbeitsgruppe möchte, wo immer es möglich ist, die Öffentlichkeit suchen, um im Sinne einer Integration, das Interesse an der Lebenssituation von Behinderten zu verstärken. Außer regelmäßigen Werkstattgesprächen werden öffentliche Lesungen organisiert sowie Lesungen an Schulen.
Zunächst beschränken sich die Aktivitäten der Gruppe auf Berlin. Zu einem späteren Zeitpunkt könnten bundesweit ähnliche literarische Werkstätten entstehen. In diesem Zusammenhang soll ein literarischer Wettbewerb für Behinderte öffentlich ausgeschrieben werden.
Bislang zählt die Arbeitsgruppe 18 Personen, darunter auch Nichtbehinderte wie z. B. eine Kinderbuchautorin, einen Dokumentarfilmregisseur, ein Psychologenehepaar, das terapeutisch mit behinderten Kindern arbeitet und die Ärztin Gerda Jun, Autorin, des für die ehemalige DDR auf diesem Gebiet bahnbrechenden Buches „Kinder, die anders sind".
Leiter der literarisch-soziokulturellen Förderungsarbeit ist der Schriftsteller und Drehbuchautor, Manfred Wolter aus Woltersdorf. 1985 schrieb er ein Drehbuch über das erste Schuljahr eines

spastisch gelähmten Mädchens in einer normalen Schule und verarbeitete damit die Erlebnisse seiner behinderten Tochter. Es dauerte vier Jahre bis das Drehbuch 1989 in unveränderter Form bei der DEFA in Babelsberg als erster Spielfilm mit Behinderten in den Hauptrollen realisiert wurde. „Rückwärts laufen kann ich auch" erhielt beim ersten gesamtdeutschen Kinderfestival 1991 in Gera den Goldenen Spatz. Die elfjährige Peggy Langner bekam den Preis für die beste Kinderdarstellerin.
Großen Beifall erntete der Film auch im Januar 92 beim Kinderfilmfest in Herdecke/Ruhrgebiet, das behinderte und nicht behinderte Kinder im Kino Onikon gemeinsam feierten. Manfred Wolter wurde mit Tochter Ulrike und Peggy Langner zur Diskussion und ausführlichen Gesprächen mit dem Publikum eingeladen.
Als Materialsammlung zu dem Spielfilm hatte Manfred Wolter 1985 Tonbandprotokolle mit einem 26jährigen, spastisch gelähmten jungen Mann (von Beruf Wirtschaftskaufmann) aufgenommen, der die männliche Hauptrolle übernehmen sollte. Als die DEFA seinerzeit die Filmproduktion verbot, setzte Manfred Wolter die Gespräche mit Frank fast zwei Jahre lang fort. 1987 veröffentlichte der Berliner Morgen Buchverlag diese Protokolle unter dem Titel „Frank. Umweg ins Leben". Neben Frank kommen auch seine Eltern, sein Bruder, seine Lehrerin und Arbeitskolleginnen zu Wort. Sie alle sprechen über ihr Verhältnis zu Frank und darüber, was die Beziehung zu einem Behinderten für sie bedeutet.
Frank nimmt auch an der AG „Literatur und Behindertes Leben" teil.
Als festen Treffpunkt hatte die Gruppe das Lichtenberger Begegnungszentrum eingeplant. Dort standen dem Berliner Behindertenverband Räume zur Verfügung, die auch von der Gruppe kostenlos genutzt werden konnten. Erhöhte Mieten zwangen den BBV, diese Räume aufzugeben. So müssen wir ständig neuen geeigneten Unterschlupf suchen.
Die Arbeitsgruppe freut sich über jedes neue Gesicht und nimmt gern interessierte Teilnehmer auf. Auskünfte und Anmeldungen bei:

Manfred Wolter
Lenzstr. 19
O-1255 Woltersdorf

oder

Neue Gesellschaft für Literatur e. V.
Bismarckstr. 107
W-1000 Berlin 12
Telefon: 312 66 62
Fax: 31 76 77

Die erste öffentliche Lesung der Arbeitsgruppe findet am
2. Juni 1992, 19.30 Uhr,
im
Straßenbahndepot,
Wiebestr. 29-39,
1000 Berlin 21,
statt.

Es lesen unter anderen:
Maria Lorbeer / Ulrike Gottschalk
Sybille Hoff / Hans-R. Bönning
Kai Kriegel.
Musikalische Untermalung:
Saxophon Trio Berlin.

Rollstuhlfahrer können durch das Eingangstor direkt bis zum Hallenschiff fahren!

Karin Gaete

Ungeschönter Bericht einer Mutter

Vorgestellt wird das Buch von Gabriele Köppe „ Die Hoffnung aber haltet fest", Saale Verlag Jena, 107 Seiten, 7,85 DM

Die Autorin, Gabriele Köppe, berichtet in diesem kleinen, fast unscheinbaren Buch über die ersten Lebensjahre ihres Sohnes André. Der jetzt siebenjährige Junge ist hochgradig hörgeschädigt. André, ein Wunschkind, kam nach einer Risikoschwangerschaft mit der Nabelschnur um den Hals zur Welt. Sicher nicht der beste Start ins Leben. Schon bald entdeckt die Mutter auffällige Körperhaltungen ihres Babys, konsultiert Ärzte, wird abgewiesen, belächelt, findet schließlich Verständnis. Ein Neurologe diagnostiziert cerebrale Bewegungsstörungen.

Wir erleben mit, welche Probleme sich vor den Eltern, besonders der Mutter, auftürmen, wieviel Engagement, Durchstehvermögen und Kampf gegen Unverständnis sowie Sturheit erforderlich sind, um diese Schädigung erfolgreich zu behandeln. Leider sind damit die Schwierigkeiten nicht ausgestanden. Im Alter von zwei Jahren erkrankt Andrè an einer Virusinfektion, die eine hochgradige Hörschädigung zur Folge hat.

Die Mutter schildert uns ehrlich, natürlich aus ganz subjektiver Sicht, alle Probleme mit Behörden, Arbeitskollegen, Ärzten, aber auch die Differenzen in der eigenen Familie. Wir erleben, wie unendlich schwer es ist, sich mit seinem Schicksal abzufinden, auf die Fragen „Warum gerade mein Kind? Weshalb werde ich so bestraft?", eine Antwort zu finden.
Das Buch beschönigt nichts, läßt nichts aus; eigene Fehler, eigenes Versagen werden ebenso aufgezeigt, wie die der Umwelt, der Mitmenschen, der Pädagogen, besonders auch das Fehlverhalten und die Unkenntnis von Ärzten. Niederlagen, Depressionen, Rückschläge wechseln mit kleinen Erfolgen, Freuden und Fortschritten. Und immer bleibt ein bißchen Hoffnung.

Dieses Buch sei allen Menschen empfohlen, Betroffenen, Unbeteiligten, besonders aber dem medizinischen Personal. Gerade Ärzte und Schwestern sollten erkennen, wie wichtig es ist, sich Zeit für den Patienten zu nehmen und nicht durch voreilige, oberflächliche, arrogante und gefühllose Bemerkungen oder Entscheidungen zu verletzen und zu verunsichern. Wir alle sollten daraus lernen, sensibler zu reagierren, genauer hinzusehen, nachzufragen, zu helfen und nicht vorschnell zu urteilen und abzustempeln. Ich wünsche diesem Buch viele interessierte Leser.

(Der Abdruck erfolgte mit freundlicher Genehmigung aus dem Informationsblatt des Behindertenverbandes Leipzig)

Sie sind der Eltern meist liebste Kinder - die behinderten, die schutz- und wärmebedürftigen. Doch weiß die Öffentlichkeit, wie viele Probleme sich da im Familienalltag auftun?

Aktiv-Urlaub ohne Hindernisse

Eine Behinderten-Selbsthilfe-Gruppe sorgt dafür, daß Urlauber im oststeirischen Hartberg die Ferien so verbringen können, wie sie es sich vorgestellt haben.

Oft entspricht das gebuchte Urlaubsarrangement nicht den tatsächlichen Verhältnissen vor Ort - besonders schlimm für Behinderte, die davon abhängig sind, daß das Quartier ihren Bedürfnissen entspricht. Oft sind es nur Kleinigkeiten. Eine Kleinigkeit zu hoch, zu eng, zu steil. Und oft wären es kleine Veränderungen, die große Hindernisse beseitigen könnten.

Leidvolle eigene Erfahrungen und die Ahnung, daß hier eine Marktlücke ist, ließen bei den Mitgliedern der Behinderten-Selbsthilfe-Gruppe (BSG) Hartberg in der Oststeiermark die Idee entstehen, selbst ein spezielles Urlaubsangebot zu erstellen und zu vermarkten. Das Projekt „Aktiv-Urlaub in Hartberg" ist heute fast drei Jahre alt, und der Erfolg gibt den Initiatoren recht. Der neugegründete Vermieterring hat mittlerweile mehr als 40 Mitglieder und verfügt über eine Kapazität von 1200 Betten in 19 Gemeinden des Bezirkes Hartberg. Davon sind 200 Betten für Rollstuhlfahrer.

Der große Bonus der BSG Hartberg: Urlauber werden von Betroffenen vermittelt und beraten, von Menschen also, die sehr genau um mögliche Hindernisse und Schwierigkeiten wissen und bemüht sind, diese von vornherein auszuschließen. Die Behinderten-Selbsthilfe-Gruppe hat jeden einzelnen Vermieter besucht, die architektonischen Gegebenheiten geprüft, Verbesserungen vorgeschlagen und im Gespräch die persönliche Einstellung „erspürt".

Sowohl Individual- als auch Gruppenreisende bleiben somit von herben Enttäuschungen verschont. **BSG-Obfrau Anneliese Gigler und der Angestellte Leo Pürer** (siehe Foto) - beide sitzen im Rollstuhl - empfehlen eine Anmeldefrist von drei bis vier Monaten, für größere Gruppen von acht bis zehn Monaten, um die gewünschten Unterkünfte sicherzustellen und einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

Zehn bis fünfzehn Personen kann man ohne Probleme in einem Haus unterbringen, größere Gruppen müssen auf mehrere Pensionen aufgeteilt werden. Von Anfang an war es das Ziel, keine „Behinderten-Ghettos" zu schaffen, sondern behinderte Urlaubsgäste in den Fremdenverkehr zu integrieren. Die kleineren Pensionen stellen den Hauptanteil der Vermieter, und nur ein Teil ihrer Bettenkapazität läuft im Angebot des Projekts „Behinderten-Aktiv-Urlaub".

Die Oststeiermark gilt als eine preislich

sehr günstige Urlaubsregion. Geboten werden zahlreiche Möglichkeiten, die Freizeit zu gestalten - „aktiv sein im Urlaub" ist die Devise: Organisierte Ausflüge stehen ebenso auf dem Programm wie die geführte Schwammerlsuche, gemeinsames Grillen am Abend und Information über alle Veranstaltungen im Bezirk.
Die Therme Waltersdorf gehört zum Bezirk, zur Therme Loipersdorf ist es nicht weit. Auch das Hartberger Hallenbad ist für Behinderte geeignet. Ein Radwanderweg steht auch Rollstuhlfahrern zur Verfügung, in manchen Häusern gibt es Tischtennis-Tische. Integration wird von der BSG Hartberg seit Jahren groß geschrieben, eine entsprechende Anpassung der Infrastruktur angestrebt. Abgeschrägte Gehsteigkanten, Behindertenparkplätze und behindertengerechte Einkaufsmöglichkeiten gehören in Hartberg heute zur Selbstverständlichkeit.

Interessenten für den „Behinderten-Aktiv-Urlaub" können ein Prospekt anfordern, in dem auch Abbildungen aller Häuser enthalten sind:

Informationsbüro
Behinderten-Aktiv-Urlaub
Presslgasse 5/2
A-8230 Hartberg
Tel. 03332/65405, Fax 03332/63805
Montag - Freitag: 8.00 - 13.00 Uhr

Adam-Ries-Tour mit und ohne Rollstuhl

Anläßlich des 500. Geburtstages des weltweit bekannten Rechenmeisters Adam Ries laden die katholischen und evangelischen Sportverbände „Deutsche Jugendkraft" und „Sportler ruft Sportler" zu einer Fahrradtour vom 8. Juli bis 13. Juli nach Thüringen ein. Am 8. Juli wird auf dem Erfurter Domplatz gestartet. Die sechs Etappen führen über Ilmenau, Staffelstein, Plauen, Annaberg-Buchholz und Gottesgrün zurück nach Erfurt. Für Übernachtungen stehen Zelte, Gemeinschaftsunterkünfte und Privatquartiere zur Verfügung. An den einzelnen Etappenorten sind kleine Feste, Auftritte von Laiengruppen, Vorträge und dergleichen geplant.
Behinderte können diese Tour im Rollstuhl, auf dem Spezialfahrrad, im Auto oder in Behindertenbussen mitmachen. Um nicht ständig dem Fahrerfeld hinterher zu tuckeln, sind für sie kleine Abstecher zu Ausflugszielen oder Sehenswürdigkeiten nahe der Adam-Ries-Route geplant. Ausgewählte Strecken von zwei bis zehn Kilometern können sie je nach Wunsch und Verfassung mit Spezialfahrrädern oder Rollstühlen selbst zurücklegen.
Spezialfahrräder werden von Herstellerfirmen bereitgestellt.

Fragen und Anmeldungen an:

Organisationsbüro
„Adam-Ries-Tour 92"
Zum Nordstrand 4
O-5072 Erfurt
Tel.: 23350/ Fax: 25945

Rudi Renner

Spreewaldkahn und Rollstuhl

Bei bestem Wetter erlebten behinderte Seniorinnen und Senioren aus Hohenschönhausen eine kostenlose Tour in den Spreewald. Aufgrund ihrer Behinderung und ihrer finanziellen Lage wäre ihnen kaum eine solche Fahrt möglich gewesen. Gern hatten sie den Ausflug als Geschenk angenommen.
Die JUHBO, eine junge Truppe, die auf Reisen behinderter Menschen und auf Taxi-Fahrten spezialisiert ist, trug die Fahrtkosten und stellte die behindertengerechten Fahrzeuge. Für die Betreuung der rollstuhlfahrenden und der anderen Senioren sorgte der Service-Ring Marzahn, und die Firma REHA-Service-Technik/-vertrieb spendete das Mittagessen. Nach einer schönen Fahrt über alte Alleen und durch Wälder im Frühlingsgrün war es in Lübben gar nicht so einfach, mit den Rollstühlen in den Kahn zu gelangen. Guter Wille und hilfreiches Zupacken lösten das Problem, nachdem die Bänke aus dem Kahn entfernt worden waren. Besucher und Insassen anderer Kähne staunten nicht schlecht, als ihnen auf den Kanälen und Wasserstraßen plötzlich Rollstühle entgegenkamen, während die Bewohner des Spreewaldes, die fast alles mit dem Kahn transportieren, das Geschehen ruhig und freundlich betrachteten.
Mancherlei Wissenswertes und Interessantes bot der humorvolle Kahnführer mit seinen Erklärungen und Anekdoten, aber auch das Befahren der Schleusen war sehr aufregend. Das frische Grün, die schöne Landschaft, viele Eindrücke und die Freundlichkeit des Personals in den Gaststätten in Lübben (Pizzeria Cesaro) und Mittenwalde (Gasthaus am Stadttor) trugen mit dazu bei, daß der Tag ein voller Erfolg wurde. Die alten Leute werden das für sie seltene Erlebnis, das für andere vielleicht zum Alltag gehört, noch lange in Erinnerung behalten.

Freude in den Gesichtern - man genießt den wunderschönen Tag.

Sie wollen hiermit ihren „Sponsoren" für die Spenden und erwiesenen Aufmerksamkeiten danken.

ELOBOX

hinter diesem Namen verbirgt sich ein kleines, nur taschenbuchgroßes elektronisches Notizbuch. Für einen blinden oder sehbehinderten Menschen ist es ein praktisches Hilfsmittel zum raschen Notieren von Informationen in Blindenschrift - geeignet gleichermaßen für die Arbeit zu Hause wie unterwegs.

Seiner Netzunabhängigkeit wegen, kann das Gerät mühelos überall hin mitgenommen werden. Über eine Braille-Tastatur werden die Texte eingegeben, gespeichert und sind komplikationslos zu bearbeiten. Durch integrierte Sprachausgabe ist die Kontrolle aller Texte möglich. ELOBOX ist an die elektronischen Blindenschrift-Schreibmaschinen ELOTYPE 01 und 02/8 sowie an einen PC anschließbar. Damit ist der Ausdruck der gespeicherten Informationen in Punkt- oder Schwarzschrift gewährleistet - und das in beliebiger Anzahl.

In umgekehrter Folge ist es möglich, PC-Texte auf den ELOBOX zu übertragen, um sie darauf zu speichern und weiter bearbeiten zu können. Die Speicherkapazität des ELOBOX-Notizbuches liegt bei 50 Seiten à 30 Zeilen mit je 42 Zeichen. Zwischen Lautsprecher und Ohrhörer kann die Sprachkontrollausgabe gewählt werden.

Die Betriebsspannung beträgt 9 V; der Akku ist nachladbar.

Das Gerät ist 220 mm x 125 mm x 35 mm groß und mit einer Masse von nur 480 g ein gut tragbares Leichtgewicht.

In handlicher Tragetasche verstaut, ist ELOBOX von der Blista EHG Gemeinnützige Gesellschaft für Elektronik und Hilfsmittel mbH, Marburg/Lahn, ein für sehbehinderte Menschen universelles Schreibgerät.

ELOTYPE 02/8

heißt das neue Spitzenmodell einer Blindenschreibmaschine der Blista EHG Marburg. Diese moderne Punktschrift-Schreibmaschine ist sowohl für den beruflichen, als auch den privaten Gebrauch geeignet. Sie bietet eine perfekte Druckqualität und zahlreiche Funktionen für eine Anpassung an den persönlichen Bedarf.

Zu ihren Vorzügen gehören unter anderen ein Papiertraktor für Endlospapier, die Wahl zwischen verschiedenen Zeilenabständen, das automatische Umschalten auf einen Dauermodus. Es können beliebig viele Tabulatoren gesetzt werden. Dabei ist es möglich, alle Formatierungen abzuspeichern, so daß diese nach dem Ausschalten des Gerätes erhalten bleiben. Alle Handhabungen, z. B. Papierzuführungen, Befehlseingabe u.a. werden von der Maschine durch ein akustisches Signal bestätigt. Dabei lassen verschiedene Tonfolgen erkennen, ob der Vorgang korrekt oder falsch ausgeführt wurde.

Leistungsfähig ist der Speicher des Gerätes, der zehn Punktschriftseiten zu je 30 Zeilen mit maximal 44 Zeichen umfaßt. Dieser Speicherinhalt kann korrigiert und beliebig oft ausgedruckt werden. Da eine Suchfunktion vorhanden ist, lassen sich gewünschte Textstellen im Speicher schnell auffinden.

Die ELOTYPE 02/8 kann aber noch mehr: Sie ist zugleich ein Punktschrift-Drucker, der an jeden Personalcomputer angeschlossen werden kann. Der mnemonische Befehlssatz und die ASCII-Braille-Tabelle lassen sich problemlos auf die gängigsten Fremdsprachen einstellen. So ist diese Weiterentwicklung in der ELOTYPE-Serie ein Gerät, das dem Nutzer professionellen Komfort bietet und kaum Wünsche offenläßt.

500 junge Sportler erwartet

Neubrandenburg wird vom 16. bis 20. Juni 1992 Gastgeber eines großen Sportfestes für junge Behinderte sein . „Wir erwarten rund 500 Jungen und Mädchen aus ganz Deutschland.", so der Organisationsleiter Udo Henning. Auf dem Wettkampfplan stehen Leichtathletik, Schwimmen, Tischtennis, Sitzball und Bosseln. Erstmalig wird es Sport- und Spielmöglichkeiten für schwerstgeschädigte und geistig behinderte Kinder und Jugendliche geben.
Ausrichter der Spiele sind der „Freizeit- und Sportverein für Behinderte Neubrandenburg e.V." und die Schule für Körperbehinderte Neubrandenburg in Zusammenarbeit mit dem Behindertensportverband Mecklenburg-Vorpommern.
Finanzielle Unterstützung ist sehr willkommen und kann unter der Kontonummer 6808372, Bankleitzahl 15040068 geleistet werden.
Der Behindertenverband Neubrandenburg und der Landesverband M/V unterstützen das Sportfest durch die Stiftung je eines Pokals. Der Neubrandenburger Verband übernimmt darüber hinaus den Behindertenfahrdienst.

Psychologische Merkmalprofile zur Eingliederung in den Arbeitsprozeß

Zur Vorbereitung eines Behinderten auf eine Berufs- bzw. Arbeitstätigkeit stehen unterschiedliche Maßnahmen zur Verfügung. Eine Vorbereitung oder Förderung kann jedoch nur dann wirksam sein, wenn sie tätigkeitsbezogen ist. Das bedeutet, sie muß auf jene Fähigkeiten eingerichtet werden, die für die Arbeitsanforderungen ausschlaggebend sind. Durch ein neuentwickeltes Verfahren von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Universität/Gesamthochschule Siegen können jetzt auch für Behinderte

a) die Fähigkeiten des einzelnen in einem Fähigkeitsprofil und
b) die beruflichen Anforderungen in einem Anforderungsprofil genau erfaßt und aufeinander abgestimmt werden.

Die nachfolgenden psychologischen Merkmale stehen dabei im Mittelpunkt:

- Antrieb
- Arbeit am Gruppen- bzw. am separaten Arbeitsplatz
- Arbeitsplanung
- Auffassung
- Aufmerksamkeit
- Ausdauer
- Durchsetzungsfähigkeit
- Kommunikation (Sprechen, Lesen, Schreiben)
- Kontaktfähigkeit
- Konzentration
- Kritikfähigkeit
- Kritische Kontrolle
- Lernen / Merken
- Ordnungsbereitschaft
- Problemlösen / Einfallsreichtum
- Psychomotorik
- Pünktlichkeit
- Reaktionsfähigkeit
- Rechnen / Mathematik
- Selbständigkeit
- Sorgfalt
- Teamarbeit
- Umstellfähigkeit
- Verantwortung
- Vorstellung

Auf Grundlage dieser Informationen kann für den Behinderten ein geeigneter Arbeitsplatz gefunden oder eine gezielte individuelle Förderung eingeleitet werden.

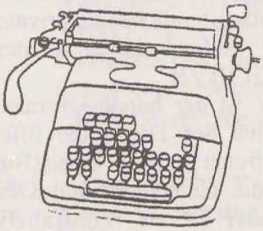
Dr. Erich Tischer

AMBULANTE DIENSTE suchen behinderte MitarbeiterInnen

Sie sollten Engagement in der emanzipatorischen Behindertenarbeit, Erfahrung in selbstverwalteten Projekten und Kenntnisse im Behindertenrecht, besonders BSHG, mitbringen.
Wir sind ein selbstverwaltetes Projekt, ein gemeinnütziger Verein, der sich der Independent-Living-Bewegung verbunden fühlt und HelferInnen an schwerstbehinderte und chronisch kranke Menschen vermittelt, die in ihrer eigenen Wohnung leben.
Wer bei uns klarkommen will, braucht Nervenstärke, Flexibilität, Humor und Zielstrebigkeit, um nicht im Projektchaos unterzugehen.
Bitte richten Sie Ihre ausführlichen Bewerbungen (nur schriftlich) an:
AMBULANTE DIENSTE e. V.
- Schlups -
Gneisenaustr. 2a
W-1000 Berlin 61

Neuregelung bei Kinderfreibetrag

Familien mit einem behinderten Kind erhalten ab diesem Jahr unter bestimmten Voraussetzungen ein höheres Kindergeld. Eltern, die mit ihrem Einkommen über den Grenzen für das volle Kindergeld liegen, wird nämlich ab 1992 für ein behindertes Kind - analog zur steuerlichen Anrechnung durch das Finanzamt - ein Behinderten-Pauschbetrag beim Einkommen zuerkannt. Bei der Festsetzung des einkommensabhängig reduzierten Kindergeldes kann sich dadurch möglicherweise eine Leistungsverbesserung ergeben. Das Bundesfamilienministerium weist darauf hin, daß die Kindergeldstellen auf Antrag diese Möglichkeit prüfen. In der Regel ist die Einkommensprüfung für 1992 bereits erfolgt, so daß die Neuregelung nicht mehr automatisch berücksichtigt wird. Es empfiehlt sich, den Feststellungsbescheid des Versorgungsamtes vorzulegen. Falls der Kindergeldstelle kein Steuerbescheid vorliegt, ist auch dieser einzureichen.
Quelle: ND-Beilage vom 13.5.1992



Anzeigenannahme für
DIE STÜTZE

Dr. Rudolf Turber,
Oberspreestr 61 b, O-1190 Berlin
Konto der Anzeigenverwaltung:
Berliner Sparkasse BLZ 100 50 000,
Kto.-Nr. 1513010669

Anzeigenpreis:
Private Kleinanzeigen (einspaltig)

je Zeile	DM 3,-
1 Seite	DM 500,-
1/2 Seite	DM 270,-
1/4 Seite	DM 150,-

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
Frankfurt a. M.

Mitgliedskarte Nr. 640

für

Allgemeiner Behindertenverband i. Deutschland e.V.

Haus am Köllnischen Park 6-7, 0-1020 Berlin

Mitglied ab: 01.01.1992

Der ABiD ist rückwirkend zum ersten Januar dieses Jahres in den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV) aufgenommen worden (siehe STÜTZE 10/92).

Der DV ist der bundeszentrale Zusammenschluß der Träger der öffentlichen und der freien sozialen Arbeit (Bund, Länder, Städte, Gemeinden und Kreise, Verbände der freien Wohlfahrtspflege: Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland). Darüber hinaus gehören ihm eine Reihe von Einrichtungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege an, z.B. Alten-, Behinderten-und Kinderheime sowie Versicherungsträger und zahlreiche Einzelpersonen, vor allem Sozialarbeiter, Verwaltungsfachkräfte, Politiker, Wissenschaftler und Richter.

Der DV versteht sich als gesamtdeutsches Zentrum des sozialen Bereiches. Aus der Satzung: „Zweck des Vereins ist es, einen Mittelpunkt für alle Bestrebungen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit, insbesondere der öffentlichen und freien Sozialhilfe, Jugendhilfe und Gesundheitshilfe in der Bundesrepublik Deutschland zu bilden."

Vertreter aus Wohlfahrt und Wissenschaft gründeten 1880 den „Deutschen Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit", um aus den unterschiedlichen Regelungen im Fürsorgewesen ein reichseinheitliches Sozialrecht zu schaffen. 1919 wurde der Verein dann in „Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge" umbenannt. Seine damalige Hauptaufgabe bestand darin, die Aktivitäten der kirchlichen und privaten Wohltätigkeit zu koordinieren und diese mit den öffentlichen Trägern sozialer Arbeit abzustimmen. Den in der Satzung festgelegten Zielen: Anregung sozialpolitischer Entwicklungen, Koordination sozialer Arbeit und Dienstleistungen für die Praxis entsprechen auch die Aufgaben des Deutschen Vereins. Vorsitzende ist Frau Prof. Dr. Teresa Bock.

Der DV hat zur Beratung von allgemeinen und speziellen Problemen der sozialen Arbeit Fachausschüsse mit einer Reihe von Arbeitskreisen und sonstigen Arbeitsgremien gebildet, denen Sachverständige aus den jeweiligen Fachgebieten angehören.

Sitz der Geschäftsstelle des DV ist Frankfurt am Main. In einem Hochhaus sowie Lehrgangs-und Kasinotrakt sind neben der Geschäftsstelle die Akademie für Jugendarbeit und Sozialarbeit, die Fortbildungswerke, der Deutsche Landesausschuß des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt und der Eigenverlag (dessen Bücher jetzt auch ABiD-Mitglieder zum halben Preis bekommen) untergebracht.

Im Rahmen der **REHA-Berichterstattung zum Thema „Behinderte Frauen“** erschien in der STÜTZE 25+26/91 ein Beitrag von Metz/Rütter „Den eigenen Rahmen ...“

Dazu übersandte uns Hans-Günter Heiden (Chefredakteur von „Leben und Weg“) einen Leserbrief mit einer Richtigstellung, da der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter (BSK) als Veranstalter und Frau Arnade als Organisatorin angesprochen waren. Leider war der Brief an unsere vorherige Redaktionsanschrift gerichtet. Durch den zwischenzeitlich vollzogenen Verlagswechsel kam die Zuschrift erst jetzt in unsere Hände. Wir bitten dies zu entschuldigen.
Da das Thema „Frauen mit Behinderung“ ständig aktuell sein sollte, möchten wir diese Zuschrift unseren Lesern nicht vorenthalten.

Wir möchten den Rahmen selbst gestalten

Im Redaktionsvorspann zur Berichterstattung über „Behinderte Frauen“ schreibt die Redaktion richtigerweise, daß es eine faire Auseinandersetzung der Standpunkte geben sollte. Deshalb eine Richtigstellung zum Beitrag Metz/Rütter.

1.
Metz/Rütter schreiben: „Wenn die Herren Veranstalter des REHA-Forums schon die behinderten Frauen als Problemgruppe entdecken, dann wollen wir einen Rahmen, den wir selbst gestalten.” Klingt toll, so ein Satz, stimmt aber in vielen Punkten nicht:

– Es gibt keine „Herren Veranstalter“, sondern in der vorbereitenden Arbeitsgruppe waren Damen und Herren. Das wissen auch Metz/Rütter, hatten sie ja im Vorfeld zur REHA bereits mit der Leiterin dieser Arbeitsgruppe, der Düsseldorfer Behindertenkoordinatorin, Frau Bresler, und der Organisatorin dieses Tages, Frau Dr. Arnade, schriftlichen und telefonischen Kontakt. So bedeutet die Aussage „Herren Veranstalter“ eine bewußte Fehlinformation.

– Bereits 1989 wurde von betroffenen Frauen aus Reihen des BSK dem REHA-Forum der Vorschlag unterbreitet, das Thema „Behinderte Frauen“ auf solchen Veranstaltungen nicht auszusparen. Damals gab es keine Mehrheit für diesen Vorschlag. Die gab es aber dann 1991. Der BSK sagte zu, einen solchen Tag zu organisieren und bat Dr. Sigrid Arnade, selbst behinderte Frau, die Organisation für diesen Tag zu übernehmen.

– Frau Arnade hat dann bei der Vorbereitung dieses Tages mehrfach vergeblich versucht, Krüppelfrauen aus Hamburg, Berlin und München zur Mitgestaltung zu bewegen, damit behinderte Frauen unterschiedlicher Anschauung gemeinsam diesen „Rahmen nutzen“, um ihr eigenes Anliegen vorzubringen. Dieses Angebot wurde von den Krüppelfrauen nicht wahrgenommen, stattdessen beschränkten sie sich

Das vorletzte Wort

Wenn ihr euch laßt mit Ämtern schmücken so klaget nicht, daß sie euch drücken

Spruch im Berliner Rathaus

später darauf, „dagegen" zu sein. Und jetzt, nachher, wird so getan, als hätte frau/man von allem nichts gewußt und sich über den Tag „gewundert".

2.
Metz/Rütter schreiben weiter, daß es „Unsinn" sei, solche Themen wie „Die Situation behinderter Frauen" in 45-Minuten-Beiträgen auf der REHA abzuhandeln. Dies stimmte, hätte frau/man damit den Anspruch, ein Thema erschöpfend auszuloten. Wenn es jedoch darum geht, einen Anfang zu machen, ein Thema erst in die öffentliche Diskussion zu bringen, dann sind kleine Einheiten doch wohl ein richtiger Schritt. Im übrigen läßt sich kein Thema dieser Welt in einem Artikel, in einem Buch, in einer Veranstaltung abhandeln. Daraus aber abzuleiten, daß 45-Minuten-Veranstaltungen Unsinn seien, bedeutet in der Praxis, daß frau/man sich selbst arbeitsunfähig macht.

Schwerbehindertenfahrdienst

Aus unserer schönen Stadt Stralsund wende ich mich heute mit einer besonderen Nachricht an die STÜTZE-Leser: Ab April 1992 können hier nämlich Schwerbehinderte mit dem Merkzeichen „aG" kostenlos einen Fahrdienst für Behinderte privat und auch dienstlich nutzen! Da hat unser Behindertenverband gute Arbeit geleistet, das heißt, wir haben nicht locker gelassen.
Im Informationsblatt „Hansestadt Stralsund" ist über diese Sache berichtet worden, und ich möchte aus dem Beitrag von P.A. „Malteser-Hilfsdienst übernahm wichtige Aufgabe - Fahrdienst für Behinderte" zitieren:
Als eine der ersten Städte in Mecklenburg-Vorpommern hat Stralsund einen offiziellen Behindertenfahrdienst eingerichtet, der im Auftrag der Stadt durchgeführt wird. Für die etwa 100 Stralsunder Schwerbehinderten mit außergewöhnlichen Gehbehinderungen - „aG" im Schwerbehindertenausweis - erfolgt eine Beförderung im Stadtgebiet kostenlos. „Dabei wollen wir keine zusätzlichen Fahrscheine einführen und die Zahl der Fahrten auch nicht begrenzen", erklärte der Senator für Sozialwesen, Wolfgang Fröhling (CDU). Ein Grund für die einstimmige Entscheidung der Bürgerschaft war das Gleichbehandlungsprinzip. Jetzt hat die Bürgerschaft den Malteser-Hilfsdienst Stralsund mit dem Behindertenfahrdienst beauftragt und gewährt einen jährlichen Betriebskostenzuschuß, „der eine entscheidende Verbesserung der Lebensqualität unserer schwerbehinderten Mitbürger bewirkt", so Senator Fröhling.
Wenn der Hilfsdienst ausgelastet ist, gibt er die Anmeldungen an das DRK oder den Arbeitersamariterbund weiter und übernimmt die Kosten.

Gisela Kumbier
Stralsund

Aus für Sondertagesstätte

Die seit 1983 bestehende Sondertagesstätte für acht mehrfachbehinderte Menschen im Spandauer Johannesstift soll zum 1. August 1992 geschlossen werden. Das teilte der Vorstand des Stifts am 17. März dem Evangelischen Pressedienst mit. Hintergrund ist ein Streit zwischen dem Berliner Senat

und dem Johannesstift, in dem es darum geht, die Sondertagesstätte in einen Integrationskindergarten umzuwandeln. Der Berliner Senat drängt seit zwei Jahren auf seine diesbezügliche Entscheidung. Diesem „Diktat" wolle sich das Stift nicht unterwerfen.
Der Vorstand rief zu Spenden zum Erhalt behindertengerechter Arbeitsplätze in seiner Einrichtung der Evangelischen Diakonie auf. Stabilisierung und Selbstwertgefühl, die die Menschen bei ihrer täglichen Arbeit erfahren, wurden in den vergangenen Jahren durch Spenden und Zuschüssen aus der öffentlichen Hand realisiert. Das gab den Menschen bei uns ein wirkliches Zuhause, so die Meinung eines Vorstandsmitgliedes.

Stephan Labotzki
Berlin

AUFNAHME

IFUS

Initiative zur Förderung und Unterstützung für Spaltträger im Freistaat Sachsen

Am 11. April 1992 fand in Leipzig die Gründungsveranstaltung dieser Initiativgruppe statt. Auf der Tagung wurde gleichzeitig der Beschluß gefaßt, dem Allgemeinen Behindertenverband in Deutschland e. V. (ABiD) „Für Selbstbestimmung und Würde" beizutreten.
Noch während der Veranstaltung erfolgte die Aufnahme in den Landesverband.

Die STÜTZE
wünscht der Initiative zur Förderung und Unterstützung für Spaltträger viel Erfolg bei der Arbeit!
Wir - und mit uns die Leser des Behindertenjournals - würden uns freuen, bald einen Bericht über die sicher zahlreichen Alltagsprobleme, aber auch über die erreichten Ergebnisse im Ringen für die Behinderten veröffentlichen zu können.

Das letzte Wort

Die Winzigkeit eines Bürokratengehirns steht der Größe seiner Schädlichkeit nicht im Wege.

Lothar Kusche

Rollstuhlfahrer
sucht DLZ für ISB in Karlsruhe, Führerschein erforderlich, Unterkunft vorhanden, beliebte Stelle bei ZDLs. Näheres bei Heinz Seitz, Winterstraße 1, W-7500 Karlsruhe, Telefon: 0721/30078 oder 8406308.

Nie richtig ausgetragen: Der Konflikt um den §218.

Sinn oder Un-Sinn, Leben oder Tod? Nur eines von vielen fesselnden Themen des SONNTAGSBLATTS. Der christlichen Wochenzeitung, die mutig, offen und fair berichtet. Ein Probe-Abo gefällig?

Kostenlos und unverbindlich, versteht sich.
Einfach anrufen **040 / 41 41 90** oder schreiben an:
DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT, Mittelweg 111, 2000 Hamburg 13.

DEUTSCHES ALLGEMEINES
SONNTAGSBLATT
SEITEN UND KEHRSEITEN

Die **Evangelische Fachschule für Heilerziehungspflege**, eine Ausbildungsstätte der Neinstedter Anstalten, Evangelische Einrichtung zur Rehabilitation, Förderung und Pflege geistig behinderter Menschen

sucht zum baldigen Dienstbeginn eine(n) SchulleiterIn mit Hochschulabschluß im Bereich Heilpädagogik / Rehabilitationspädagogik.

Wir wünschen uns:
einen SchulleiterIn mit Erfahrung in der Erwachsenenbildung und Leitungstätigkeit.

Wir bieten:
interessante Leitungs- und Lehrtätigkeit in einer evangelischen Fachschule.

Vergütung und Urlaub nach AVR / BAT-Ost.

Eine Kirchengemeinde, in der Menschen mit geistigen Behinderungen, Mitarbeiter und Auszubildende miteinander leben und wohnen.

Auf ihre Anfrage oder Bewerbung freuen wir uns

Neinstedter Anstalten
Personalabteilung
Lindenstraße 1
O-4307 Neinstedt / Ostharz
Telefon: Thale 2655

...VOM NULLTARIF BIS EXKLUSIV

RONALD BÖSCHE

OPTOMETRIST

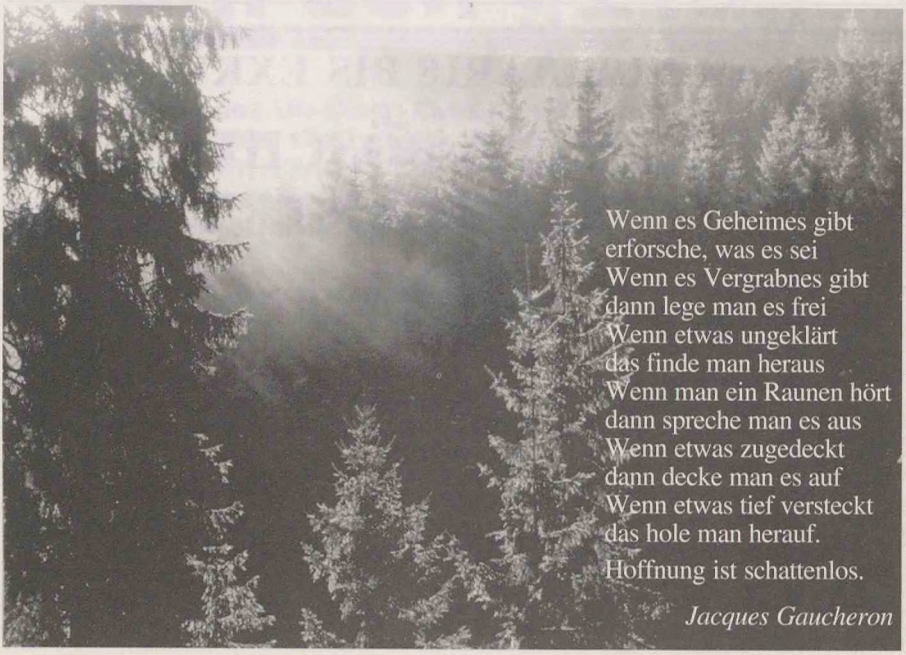
Greifswalder Straße 3 (Königstor)
O-1055 Berlin
Telefon 4 26 15 26

Öffnungszeiten:
Mo., Di., Fr. 9 bis 18 Uhr
Donnerstag 9 bis 19 Uhr
Sonnabend 9 bis 12 Uhr

– rollstuhlgerechter Eingang
– Sofortreparaturen
– Lieferant aller Krankenkassen

Zeitungsdrucksache / Postvertriebsstück 2A 11336 D

Gedicht



Wenn es Geheimes gibt
erforsche, was es sei
Wenn es Vergrabnes gibt
dann lege man es frei
Wenn etwas ungeklärt
das finde man heraus
Wenn man ein Raunen hört
dann spreche man es aus
Wenn etwas zugedeckt
dann decke man es auf
Wenn etwas tief versteckt
das hole man herauf.
Hoffnung ist schattenlos.

Jacques Gaucheron